

Die Verwerfung der Volkswahl : einige Bemerkungen zu einer politischen Niederlage

Autor(en): **Meierhans, Paul**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **21 (1941-1942)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-334274>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

21. JAHRGANG - FEBRUAR 1942 - HEFT 6

Die Verwerfung der Volkswahl

Einige Bemerkungen zu einer politischen Niederlage.

Von Dr. Paul Meierhans

Kantone	Ja	Nein	Abgegebene Stimmen in Prozenten	
			Ja	Nein
Zürich	53 863	85 303	39	61
Bern	50 603	62 555	45	55
Luzern	8 357	29 494	22	78
Uri	1 171	3 855	23	77
Schwyz	2 335	7 524	24	76
Odwalden	358	3 023	11	89
Nidwalden	386	2 780	12	88
Glarus	1 723	4 982	26	74
Zug	1 690	5 052	25	75
Freiburg	2 733	22 164	11	89
Solothurn	10 445	17 669	37	63
Baselstadt	11 201	14 772	43	57
Baselland	6 146	8 949	41	59
Schaffhausen	4 720	8 433	36	64
Appenzell A.-Rh.	2 061	7 036	23	77
Appenzell I.-Rh.	148	1 998	7	93
St. Gallen	14 265	44 452	24	76
Graubünden	7 348	14 806	33	67
Aargau	22 354	41 530	35	65
Thurgau	7 798	21 794	26	74
Tessin	6 478	15 275	30	70
Waadt	20 300	54 714	27	73
Wallis	1 893	14 257	12	88
Neuenburg	4 913	11 395	30	70
Genf	6 918	15 456	31	69
<i>Gesamtzahl</i>	<i>250 207</i>	<i>519 268</i>	<i>32,5</i>	<i>67,5</i>

Nach der Verwerfung der Initiative für die Volkswahl des Bundesrates drängen sich einige Betrachtungen über die Ursachen und über die Konse-

quenzen auch an dieser Stelle auf. Vorerst wollen wir die Hauptzahlen und einige besondere Ergebnisse hier festhalten, aus der Erwägung heraus, daß der Leser der «Roten Revue» diese Zahlen festgehalten wünscht, da ihm Resultate, wie er sie aus den Zeitungen kennt, viel leichter verlorengehen, als eine Nummer einer Zeitschrift. Eine Zeitschrift soll ihm nebenbei für die wichtigsten politischen Daten auch Dokumentierung bringen.

Die gesamtschweizerische Stimmbeteiligung war schwach (60 Prozent). Schon das deutet darauf hin, daß die Abstimmung keine großen Leidenschaften aufwühlte. Wenn die Gegner der Volkswahl von einem Schicksalstage schrieben, der über Revolution oder Ruhe, über Sein oder Nichtsein der Eidgenossenschaft schrieb, so konnte auch dieser Schreckschuß den Bürger nicht aufrütteln. In einzelnen Kantonen vermochte auch die Tatsache kantonaler Entscheide, die mit dem eidgenössischen zusammengelegt waren, die Stimmbeteiligung nicht zu erhöhen. So ging im Kanton Bern bloß die Hälfte der Bürger an die Urne, trotzdem dort noch die von den Jungbauern bekämpfte kantonale Wehrsteuer zur Abstimmung kam.

Und nun einige Details aus den Ergebnissen. Die *Stadt Bern* stimmte der Volkswahl des Bundesrates zu; sie hatte das Schauspiel der bemühenden Bunderatswahlen ja am nächsten. Besonders stark war die Annahme in der großen Vorortsgemeinde Bümpliz, die 1179 Ja und nur 488 Nein aufbrachte. In fast allen Ämtern sind annehmende Gemeinden. Ganz besonders bezeichnend bleibt, daß im Kanton Bern sehr viele kleine Bauerngemeinden sich der Volkswahl günstig gesinnt zeigten. So Krattigen im Amt Frutigen, St. Stephan im Obersimmental. Das Amt *Thun* zählt unter die annehmenden Ämter. Enttäuscht hat der Kanton *Zürich*. Winterthur ist die einzige große Gemeinde, die eine Mehrheit für die Volkswahl aufbrachte, während die Stadt Zürich verwarf, wobei allerdings die ausgesprochenen Arbeiterquartiere die sozialistische Parole treu hielten. Im Thurgau hielt das rote *Arton* stand, während die ländlichen Gemeinden durchweg stark verwarfen. Die Verwerfungsparole hat besonders auch im Kanton St. Gallen gesiegt. Das relativ beste Resultat hat hier die Gemeinde *Wartau* geliefert, während die Hauptstadt stärker versagte. Im Kanton *Graubünden* ist das Resultat dank der Haltung der Demokraten, die die Stimme freigegeben, in ihrem Parteiblatt aber die Freunde ausgiebig zu Wort kommen ließen, relativ erfreulich. So hat *Chur* angenommen, aber es gibt auch eine ganze Zahl annehmender Gemeinden im Bergell, im Bergün, in Churwalden, im Domleschg, von den drei Gemeinden des Kreises Jenaz haben zwei angenommen und die dritte hat Stimmgleichheit! Daß Appenzell-Innerrhoden am stärksten verworfen hat, liegt in der Tradition dieses rückschrittlichen Halbkantons. Außerrhoden weist ebenfalls keine annehmende Gemeinde auf, hingegen brachte der Hauptort Herisau über 1000 Ja auf, denen 1980 Nein gegenüberstehen. Wuchtig verworfen hat die Innerschweiz. Die Erinnerung an 1900 ist ganz ausgelöscht und um so stärker hat sich der Wille, die heutige Machtposition im Bunde möglichst ungeschmälert zu erhalten durchgesetzt. Im Kanton *Luzern* hat einzig die Industriegemeinde Kriens annähernd so viel Freunde wie Gegner der Vorlage aufgebracht (786 Ja gegen 855 Nein), der Gemeinden wie Willisau-Land mit bloß 8 Ja und 532 Nein gegenüber-

stehen! Im Kanton Uri hat *Erstfeld* die Freunde nicht enttäuscht. Bei einer Stimme zeigten sie sich so stark wie die Gegner (389 gegen 390), aber auch Altorf darf sich sehen lassen, ebenso wie *der* Ja-Stimmer im Isental, der alle übrigen 77 Stimmbürger an der Urne gegen sich hatte. Über dem Gotthard, im Tessin, fand sich trotz allem mehr als ein Viertel der Bürger, der der Initiative zustimmte. Auch hier sind wieder eine ganze Anzahl kleiner und unbekannter Gemeinden, die mehrheitlich Ja einlegten, und vielleicht hat der Tessin die am stärksten annehmende Gemeinde der Schweiz überhaupt aufzuweisen: *Stabio* (das aus der Geschichte bekannt ist durch seinen berühmten Handel) hatte 82 Ja und nur 15 Nein.

Wenden wir uns wieder dem Norden zu, um da einige Resultate herauszugreifen. Der sonst fortschrittsfreudige Aargau wollte von der ihm vorgeschlagenen Neuerung nicht viel wissen. Die Bezirke Aarau, Zofingen und Lenzburg hielten sich zwar gut, aber um so erdrückender fielen die Ergebnisse im Fricktal und im Freiamt aus. Der Bezirk Muri hat den über 3100 Nein bloß 361 Ja gegenüberzustellen, und ähnlich ist das Resultat von Bremgarten. Im Kanton Schaffhausen haben zwar die Hauptstadt und Neuhausen die Erwartungen annähernd erfüllt, aber den Rang hat ihnen doch die kleine Landgemeinde *Hofen* abgelaufen, die mit 17 gegen 16 Stimmen annahm. Die beiden Baselstäbe neigten sich diesmal zu den verwerfenden Ständen. Die eigentlichen Hochburgen der Sozialdemokratischen Partei in der Stadt Basel brachten zwar Ja-Mehrheiten, aber sie zeigten sich nicht so stark, um den Überschuß der Nein in andern Quartieren aufzuwiegen. Ähnlich in Baselland, wo zum Beispiel Muttenz annahm, andere große Gemeinden ansehnliche Stimmenzahlen für die Freunde zeigten, der Kanton selbst aber verwarf. Die Verwerfung der *welschen Schweiz* stand ohne weiteres fest. Aber auch dort war es Essig mit den Hoffnungen auf eine vernichtende Niederlage der Anhänger der Volkswahl. In Genf und Neuenburg stimmten drei Zehntel Ja und im Waadtland 27 Prozent. Solche Massen «vernichtet» man nicht so schnell, besonders nicht, nachdem sie sich so standfest gegenüber einer propagandistischen Übermacht gezeigt haben. Das Resultat der Waadt ist unseres Erachtens am erfreulichsten, angesichts der Umstände und der Tatsache, daß in diesem großen Kanton unsere Möglichkeit der direkten Einflußnahme auf den Bürger heute sehr gering ist.

Die *Ursachen* der Niederlage. Wer ergründet die Beweggründe von rund 520 000 Bürgern, die am 25. Januar sich an die Urne bemühten, um ein Nein einzulegen? Sicherlich ist darunter jene unrühmliche Kohorte prinzipieller Neinsager, die unbeschadet des Gegenstandes einfach Nein einlegt. Sie darf auf mindestens 50 000 «Bürger» geschätzt werden, wenn mehr als 700 000 Bürger an einer eidgenössischen Abstimmung teilnehmen. Mit diesen eigenartigen «Prinzipienreitern» kann man sich nicht befassen, man kann sie nicht einmal genau registrieren, da sich ihr Nein von den andern, die im Hirn, der Vernunft oder dem Herz des Bürgers ihre wirkliche Begründung finden, äußerlich nicht unterscheidet. Die Volkswahl hat aber auch bei jenen, die ihre Stimmabgabe wohl überlegen, keine Mehrheit gefunden. Lag das am Inhalt und an der Formulierung der Initiative? Ganz sicher fand die Grundidee keine Zustimmung, die Volkswahl

des Bundesrates. Aber das könnte ja auch an der speziellen Formulierung liegen, denn es trifft ja nicht selten zu, daß ein Gedanke an sich wohl begrüßt, aber seine Formulierung abgelehnt wird. Der Stimmbürger könnte zum Beispiel sehr wohl für die Volkswahl, aber gegen die Bestimmung sein, daß 30 000 Bürger vorher den Mann, den sie in den Bundesrat wünschen, auf einer Art Referendumsliste verzeichnen müssen. Oder ein anderer Anhänger der Volkswahl findet in der Beschränkung der Wählbarkeit (aus dem gleichen Kanton bloß ein Bundesrat) eine derartige Einengung oder gar Verfälschung der Volkswahl, daß er deswegen die ihm vorgelegte Initiative ablehnt. Ein dritter fand vielleicht die Garantie irgendwelchen Besitzstandes für sprachliche Minderheiten als überflüssig, oder umgekehrt jenen für die politischen oder weltanschaulichen Gruppen als ungenügend. Sicher hat die Formulierung der Initiative, mit ihrer Überfülle von Sicherungen, die gleichzeitig auch Komplikationen bildeten, den einen einfachen Gedanken liebenden Bürger eher abgeschreckt als angezogen. Aber für die propagandistischen Gegner war dieser Einwand bloß ein *Vorwand*, der dazu diente, die Volkswahl an sich zu bekämpfen. Das Bürgertum ist mit dem bisherigen Wahlverfahren des Bundesrates gut gefahren! Dieses hat ihm nicht nur die Vertretung gesichert, auf die es kraft seiner Stärke gerechterweise Anspruch erheben kann; es ist gleichzeitig gelungen, eine Minderheit außerhalb der Regierung zu halten, von der es fürchtete, daß sie einmal im Bundesrat einen steigenden Einfluß auf die Geschäfte des Landes, vor allem in sozial- und finanzpolitischer Richtung nehmen werde. Besonders die finanzpolitischen Auffassungen der Sozialdemokraten sind für weite Teile des Bürgertums furchterregend, weil gerade diese im Volke draußen Widerhall finden und in Zukunft mit der Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die untersten Volksschichten noch mehr finden werden. Männer, die die Quellensteuer, die eidgenössische Erbschaftssteuer, die bessere Erfassung der hohen Vermögen und Einkommen in ihrem Pflichtenheft in den Bundesrat mitbrächten oder die selbst vor der Öffnung des Bankgeheimnisses nicht zurückschrecken und erst noch die Forderung nach der Vergesellschaftung der Banken und Versicherungsgesellschaften zu erheben imstande wären, sind für das Besitzbürgertum wenig angenehme Regierungspartner. Sie müssen möglichst lange ferngehalten werden. Da die Volkswahl die Gefahr in die Nähe rückte, daß sie nicht nur einspännig, sondern sogar mehrspännig einrückten, ergab sich ohne weiteres die Notwendigkeit der Bekämpfung der Volkswahl.

Unzweifelhaft hat aber auch die ernstliche Besorgnis mitgespielt, daß bei einer Volkswahl des Bundesrates irgendein reicher, machthungriger Demagoge dank der Unbedenklichkeit, mit der dieser seine Mittel in den Kampf wirft, einen übermäßigen Einfluß gewinnen könnte. Zum mindesten hat man dem Volke diese Gefahr kräftig an die Scheunenwand gemalt und dabei nicht verfehlt, auf das Ausland hinzuweisen und auf Methoden, die den Untergang verschiedener Demokratien verursachten. Dabei wurde natürlich absichtlich übersehen, daß die gesellschaftlichen und politischen Gründe des Zusammenbruchs so vieler europäischer Staaten viel tiefer als in irgendeinem Wahlverfahren wurzeln, daß die

Aufrechterhaltung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ungerechtigkeiten, das Unvermögen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der von ihm selbst gezeugten Schwierigkeiten auf vernünftige Weise Herr zu werden, zu den Kriegen und Umwälzungen, die wir heute erleben, führen mußten. Es ist natürlich keine Rede davon, daß die Schweiz ewig ein Naturschutzpark kleinbürgerlicher Engherzigkeit und Ungerechtigkeiten bleiben wird. Ihre Existenz hängt vielmehr davon ab, daß es ihr gelingt, einen möglichst großen Teil der Bürger zur direkten und freudigen Mitarbeit am Staate zu gewinnen. Es läge deshalb aller Anlaß vor, eine Minderheit von der Stärke der Sozialdemokratischen Partei an die Regierungsverantwortung zu bringen. Das schon, aber nicht auf dem Wege, den ihr mit der Initiative eingeschlagen habt, war jeweilen die Antwort.

Die Zukunft wird zeigen, ob die Versprechen, die auch in diesem Wahlkampfe über die grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Heranziehung der Sozialdemokraten in die Regierungsverantwortung ernster zu nehmen sind, als die früheren. Zweifel werden nach so vielen Enttäuschungen erlaubt sein. Das ganz besonders, weil die welschen Bürgerlichen nach wie vor glauben, sie könnten das Rad der schweizerischen Geschichte aufhalten, alles beim alten lassen oder, wenn schon eine Änderung bei uns käme, sie doch imstande wären, ihr eine Wendung Richtung Vichy zu geben. Sie sind nicht einmal durch die jüngsten politischen Erfahrungen in Neuenburg belehrt worden, wo doch ein eigentlicher *Systemzusammenbruch* mit der Erstwahl eines Sozialisten in die kantonale Regierung vor sich ging. Statt einer Politik der Befriedung, treiben sie in Genf und in der Waadt eine solche der politischen Erbschleicherei und schaffen damit eine Situation, die für die Zukunft nichts Gutes verspricht.

Die Ablehnung der Initiative für die Volkswahl des Bundesrates ist auch auf Ursachen zurückzuführen, die im Lager ihrer Freunde zu suchen sind. Es heißt kein Geheimnis verraten, festzustellen, daß wohl der Gewerkschaftsbund in anerkennenswerter Solidarität mit der politischen Organisation der Arbeiterschaft die Unterstützung beschloß, daß aber einzelne Gewerkschaftsverbände ihre Leidenchaften für die Volkswahl zu zügeln vermochten. Das ist eine Tatsache, die wir ohne den Vorwurf einer Anklage erwähnen. — Denn es ist richtig, daß die Haltung zur Forderung der Volkswahl des Bundesrates nicht über die innere Einstellung zur Demokratie entscheidet. Man kann ihr Freund und Gegner der Volkswahl sein. Niemand wird behaupten wollen, daß am 25. Januar über eine halbe Million Antidemokraten an der Urne erschienen seien. Unter den Anhängern der Volkswahl befanden sich sogar die schlimmsten Feinde der Demokratie, mit der eingestandenen Absicht, die Volkswahl als ein Mittel der Zersetzung gebrauchen zu wollen. Diese «Freunde» haben sogar entscheidend mitgeholfen, die Idee zu verdächtigen und zu bodigen.

Unbestritten ist weiter, daß die Gegner der Initiative einen weit größern Aufwand entfalteten an Mitteln zur Bekämpfung, als die Freunde für die Unterstützung auszugeben in der Lage waren. Während die Anhänger mit einem Flugblatt und einem Schriftplakat auskommen mußten, hat das gegnerische Aktionskomitee einen Sturzregen von Flugblättern und mehrere Bildplakate auf den Abstimmungsbürger losgelassen, wobei

allerdings zuzugeben ist, daß die Menge auch hier hinter der Qualität zurückblieb. Unser Schriftplakat übertraf an Einfachheit und Wirkung ohne Zweifel die schlecht geratenen Bildplakate der Gegner. Unser Rückstand in der Flugblatt- und Broschürenmenge wurde nicht aufgewogen durch unsere regere Versammlungstätigkeit, weil im allgemeinen der Besuch nicht überwältigend war, abgesehen von einigen Ausnahmen kontradiktorischer Veranstaltungen. Besondere Anerkennung darf das bernische Aktionskomitee beanspruchen, und es ist kein Zufall, wenn der Kanton Bern das für die Anhänger der Volkswahl relativ beste Resultat lieferte. (Daran trägt die Arbeitsgemeinschaft keine Verantwortung, wie die bürgerlichen Feinde dieser Arbeitsgemeinschaft nachträglich herauszulesen versuchten.)

*

Was nun? Vorläufig bleibt es eben beim alten, Bisherigen. Damit sind aber keine Schwierigkeiten behoben, sondern bestehende höchstens galvanisiert. In allen weitdenkenden politischen Kreisen weiß man denn auch, daß es trotz der Ablehnung der Volkswahl nicht so zugehen darf, wie bisher, daß in Zukunft Situationen vermieden werden müssen, wie es jene war, die den Anstoß zur Einleitung der Initiativbewegung gab. Unser Land hat die größten Schwierigkeiten *vor* sich und nicht hinter sich. Auch darüber sind keine Zweifel erlaubt, wenn nicht bittere Enttäuschungen folgen sollen. Mehr denn je ist die Zusammenarbeit zur Überwindung der kommenden wirtschaftlichen, innerpolitischen und außenpolitischen Probleme notwendig, und je länger je weniger kann eine Regierung der aktiven Mitarbeit der sozialdemokratisch denkenden Arbeiterschaft entbehren, sofern sie das Land wirklich vor dem Zusammenbruch und dem Untergang bewahren will. Innere Spannungszustände sind heute äußere Gefahrenmomente. Das gilt vor allem für die Politik des Bürgertums! Die Arbeiterschaft bringt seit Kriegsbeginn die größten wirtschaftlichen und militärischen Opfer. Jene Schichten, die sich auch in Friedenszeiten am Rande des Existenzminimums bewegten, sind durch die Teuerung am härtesten mitgenommen, weil sie keinen Konsum von Bedeutung haben, der sich ohne Gefährdung für die Existenz einengen läßt. Kommt zur wirtschaftlichen Bedrängnis noch das Gefühl der politischen Zurücksetzung und des Bürgers zweiter oder letzter Klasse, dann verglimmt unmerklich jene innere Kraft, die zur Verteidigung des Landes unerlässlich ist. Das ist wiederum keine Drohung, sondern die Feststellung einer Tatsache, die gerade jenen Bürgern einleuchten sollte, die bis jetzt all ihren Scharfsinn mit Erfolg darauf verwendeten, die Opfer dieses Krieges möglichst andere tragen zu lassen.

Mit der Ablehnung der Volkswahl des Bundesrates ist kein einziges Problem gelöst, wohl aber ein neues gestellt: Wie vermeiden wir trotzdem die Verschärfung der innern Gegensätze? Diese Frage ist dem Bürgertum gestellt. In seiner Hand allein liegt auch die Antwort.

Die Sozialdemokratische Partei erleichtert diese Antwort, indem sie ihre sozialistischen Zielforderungen deutlicher denn je in den Vordergrund rückt und die Lösungen aufzeigt, die die Zukunft unseres Landes inmitten der Stürme garantiert. Oppositionspolitik im besten Sinne des

Wortes — nicht zu verwechseln mit irgendwelcher persönlicher Ränkeschmiederei, geboren aus der Rachsucht oder der Freude am Ärger des politischen Gegners — drängt sich auf. Mehr denn je haben wir unserem Volke zu zeigen, was *wir* an konstruktiven und fortschrittlichen Ideen vertreten, wie *unser* Bild einer werdenden neuen Schweiz aussieht. Jetzt heißt es nicht, die Hände resigniert in die Taschen stecken, in der Meinung, die andern sollen es allein machen, sie werden sich schon abnützen. Sie werden es schon allein machen, aber ganz anders, als die Befürworter der politischen Abstinenz erhoffen. Es heißt jetzt, unsere Energien verdoppeln und gerade aus einer politischen Niederlage die Kraft zu neuem und besserem Kampf um die Seele des Volkes schöpfen. Wir sind und bleiben zukunftsfreudig und zukunftsgläubig. Die Welt ist nicht dazu verdammt, ständig wieder in Blut und Schlamm zu waten, und unsere kleine Eidgenossenschaft ist jener Teil der Erde, auf den wir gestellt sind und in dem wir unsere Menschheitshoffnung zu verwirklichen trachten müssen. Keine politische Niederlage kann unsern Glauben in die Gerechtigkeit und in eine bessere Ordnung erschüttern.

Die Verantwortung für Frankreichs Katastrophe

(Zu dem bevorstehenden Prozeß in Riom.)

Von Walter Gyßling.

Der schnelle und vollständige Zusammenbruch Frankreichs im Frühsommer 1940 wirkte überall als eine so ungeheure Sensation, daß allein schon deswegen dort selbst wie in den anderen Ländern seine Ursachen einer eingehenden Diskussion unterzogen wurden. Galt doch Frankreich allseits als eine der stärksten Militärmächte — Churchill nannte die französische Armee zu Beginn dieses Krieges die beste der Welt —, so daß das Tempo und die Gründlichkeit, mit der diese Macht regelrecht über den Haufen gerannt wurde, Aufsehen und Verwunderung erregen mußten. Nicht zuletzt beim französischen Volk selbst, das durch den schnellen Zusammenbruch seiner Wehrmacht völlig überrascht wurde und mit verständlicher Leidenschaft die Frage nach dessen Ursachen aufzuwerfen begann. Für die Regierung, die die Kapitulation auf sich genommen und die harten Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben hatte, entstand sofort das Bedürfnis, den Zusammenbruch so zu erklären, daß damit zugleich die Volk und Welt frappierende eigene Haltung gerechtfertigt erschien. Aber Pétains im ersten Augenblick gegebene Formel «zu wenig Menschen, zu wenig Material, zu wenig Verbündete» befriedigte wegen ihres allgemeinen Charakters natürlich nicht und schon in der Nationalversammlung in Vichy hatte sich das allgemeine Verlangen nach einer genauen Untersuchung der Verantwortlichkeiten und nach Sanktionen gegen die Fehlbaren zu dem Antrag des Senators Reibel verdichtet, einen eigenen Untersuchungsgerichtshof mit der Aufgabe, die